

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 60 (1977)
Heft: 6

Inhaltsverzeichnis

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freidenker

Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Nr. 6 66. Jahrgang

Aarau, Juni 1977

Sie lesen in dieser Nummer...

Humanisten in Irland

Freidenker und Marxismus II. Teil

Ein Lichtstrahl aus religiösem Gewölk

«Monatsmagazin» mit Schlagseite

Schwarz und Rot

Wir Freidenker sind bekanntlich parteipolitisch neutral, und das hat die Folge, dass sich in unseren Reihen Angehörige der verschiedensten politischen Strömungen vom Konservatismus bis zum Kommunismus befinden. Die grossen christlichen Kirchen hingegen standen Jahrhunderte lang überall im Lager der jeweils Herrschenden und sie tragenden Gesellschaftsschichten. Thron und Altar gehörten zusammen, der Adel und später das Bürgertum stützten sich, wo sie herrschten, auf die Kirchen, die ihnen auch bei der Verteidigung ihrer oft recht unchristlichen materiellen und Machtinteressen behilflich waren.

Heute ist und wird das anders: Die grossen Kirchen sind innerlich politisch gespalten, und in den meisten finden politisch akzentuierte Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe statt. Eine sozial progressive Strömung hat sich z. B. in der katholischen Kirche entwickelt, die von den katholisch-konservativen Kreisen heftig angegriffen wird.

Geht in der Schweiz der Streit vorwiegend um liturgische Formen und wird von dem ehemaligen Erzbischof LeFebvre und seiner Gefolgschaft in Ecône geführt, hat dieser Streit immerhin schon bewirkt, dass sich in der Vereinigung katholischer Laien massgebende Kräfte für die Trennung von Staat und Kirche eingesetzt haben — wir berichteten darüber — so hat er in unserem Nachbarland Oesterreich einen ausgesprochen politischen Charakter.

Kardinal Franz König, der an der Spitze der katholischen Hierarchie in Oesterreich steht, hat sich seit Jahren um gute, wenn nicht freundschaftliche Beziehungen zu dem sozialdemokratischen Regierungschef Kreisky bemüht und diese Bestrebungen intensiviert, nachdem die Sozialisten bei den letzten Wahlen die Mehrheit erhielten und seither die Regierung stellen. Kreisky ist Kardinal König entgegengekommen und legt auf den guten Kontakt mit ihm sichtlich Wert. König hat eine nicht geringe Zahl «progressiver» Priester hinter sich, die seinen Kurs unterstützen.

Der Widerstand der konservativen Elemente, organisiert in der Oesterreichischen Volkspartei (OeVP), die aus der alten christlich-sozialen Partei hervorgegangen ist, hat seine Wurzeln im Bangen um Misserfolg bei den kommenden Wahlen und in der Furcht vor einer Stabilisierung des sozialistischen Regimes in Oesterreich. Auch dort kommt der konservative Widerstand aus katholischen Laienkreisen und von den Prominenzen des politischen Katholizismus. So hat der von der OeVP gestellte Landeshauptmann von Salzburg, Haslauer, kürzlich erklärt, die «Amtskirche», wie er die Spitzen der kirchlichen Hierarchie stets nennt, sei den Sozialdemokraten auf den Leim gekrochen, das Episkopat sehe freundlich zu, wie der Regierungskurs in der Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik vom katholischen Staat weg zu einem roten Oesterreich führe. Und der parlamentarische Fraktionschef der

OeVP, Stefan Korner, warf der Kirche eine regelrechte Doppelstrategie vor.

Die Auseinandersetzungen innerhalb des österreichischen Katholizismus sind also voll im Gang. Und das ist nicht nur in Oesterreich der Fall, das Episkopat verschiedener lateinamerikanischer Staaten steht in Front gegen die dortigen rechtsorientierten Diktatoren. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht entsprechende bischöfliche Kundgebungen durch die Weltpresse gehen. Das deutet darauf hin, dass diese «progressiven» Kreise im Katholizismus und im Episkopat sich eines gewissen Wohlwollens seitens des Vatikans erfreuen.

In Italien selbst wird ja dieses Zusammengehen von Schwarz und Rot geradezu vorexerziert. Katholische Politiker sitzen mit den «Eurokommunisten» an einem Tisch und diskutieren über gemeinsame Regierungsprogramme.

Der Vatikan sieht zu, anscheinend rechnet er mit der Perspektive eines gewaltigen Linksrutsches in den grossen romanischen Ländern Europas. Auch ist bekannt, dass Papst Paul VI. immer wieder hochstehende kirchliche Persönlichkeiten nach Moskau und überhaupt in die kommunistisch regierten Ostländer sandte und sendet und mit deren Verantwortlichen den Dialog sucht. Der Vatikan ist eben realistisch genug, um zu erkennen, dass die Welt heute eine andere ist als noch zu Beginn des Jahrhunderts. In einem über eine Milliarde Menschen umfassenden Riesenblock von Magdeburg bis Shanghai, in Kuba und in verschiedenen afrikanischen Nationalstaaten ist ein mehr oder minder marxistisches Regime zur Herrschaft gelangt, und die